

5.8 Zwischenfazit

Im fünften Kapitel wurden sieben Problemachsen der Meinungsausäußerungsfreiheit in der digitalen-Konstellation aufgespannt und diskutiert. Durch die Achsen – örtliche Zuständigkeit, Grundrechtsbindung digitaler Plattformen, Spannungsverhältnis von Meinungsausäußerungsfreiheit und Persönlichkeitsrechten in der digitalen Konstellation, Desinformationen und Fake, sich wandelnde Öffentlichkeiten, Kollektivität sowie Anonymität und Pseudonymität – und ihre Perspektiven wird ein umfassendes Bild der Herausforderungen für die Meinungsausäußerungsfreiheit auf digitalen Plattformen gezeichnet.

Die Meinungsausäußerungsfreiheit oder besser, die durch die Meinungsausäußerungsfreiheit Begünstigten, erfahren in der digitalen Konstellation, getrieben durch digitale Plattformen, nie dagewesene Möglichkeiten sich zu informieren, sich zu äußern und Gehör zu finden. Daraus resultieren jedoch die gezeigten vielfältigen Herausforderungen. Exzesse und Transgressionen von Meinungsausäußerungen können zu *silencing effects* führen. Sie sind eine ernsthafte Bedrohung für die Ausübung der Meinungsausäußerungsfreiheit Betroffener und Dritter. Menschen äußern sich aus Angst vor inekktiven Online-Konstellationen nicht, nur sehr vorsichtig oder nicht mehr in Plattformöffentlichkeiten. *Silencing effects* beeinträchtigen v.a. die gleichheitsrechtlichen und positiven Freiheiten, welche die Meinungsausäußerungsfreiheit schützt.

Als direkte Reaktion auf inekktive Online-Konstellationen greifen Staat und Plattformen regulatorisch begrenzend in die Online-Kommunikation ein. Jedoch treffen die Begrenzungen nicht nur unzulässige Ausäußerungsformen, sondern auch Ausäußerungen, die von der Meinungsausäußerungsfreiheit geschützt wären. Unzulängliche Gesetze und Regeln bzgl. Plattformkommunikation führen bisweilen zu *chilling effects*.

Das demokratische Gemeinwesen, das auf den Austausch von Meinungen und Ideen sowie auf Vertrauen in bzw. auf Prozesse der Verständigung über bestimmte Tatsachen angewiesen ist, gerät durch die verschiedenen Möglichkeiten von Einflussnahme und Manipulation durch die sich wandelnden Öffentlichkeiten unter Druck. Dabei ist es primär eine politische und gesellschaftliche Aufgabe, diesen Druck zu bewältigen. Umfassende digitale Bildung, Medienkompetenz und Werkzeuge zum Umgang mit inekktiven Online-Konstellationen und technischen Innovationen müssen den Bürger:innen dabei an die Hand gegeben werden. Das ist eine Aufgabe, die nicht allein in der Verantwortung des Staates liegt, sondern die umfassend und gesamtgesellschaftlich bewältigt werden muss.

Das Recht kann dazu beitragen, wird aber keinesfalls die alleinige Lösung für den Umgang mit inekktiven Online-Konstellationen sein. Wie durch die Beschäftigung mit den Problemachsen deutlich wurde, ist die Anpassung des Verfassungsrechts und insbesondere der Meinungsausäußerungsfreiheit und ihrer Grenzen an die digitale Konstellation in vollem Gange. Dennoch fehlt gerade in Bezug auf die wichtige Frage der konkreten Reichweite der Grundrechtsbindung digitaler Plattformen klarstellende Rechtsprechung des BVerfG. Hinsichtlich des rechtlichen Umgangs mit einzelnen inekktiven Online-Konstellationen lässt sich ein unterschiedlicher Umgang dies- und jenseits des Atlantiks feststellen. Während sich Regulierung in den Vereinigten Staaten oft direkt an der jeweiligen inekktiven Online-Konstellation oder an Teilspekten derselben entfaltet, wird in Deutschland eher darauf gesetzt, bestehende Straftatbestände durch Rechtspre-

chung (und mittelbar durch die rechtswissenschaftliche und rechtspolitische Debatte) auf die Konstellationen anwendbar zu machen. Dazu wird nur an wenigen Stellen neues Recht geschaffen und das vor allem, um den Modalitäten digitaler Kommunikation gerecht zu werden.

Das kommende Kapitel betrachtet und theoretisiert Antworten auf die Herausforderungen für die Meinungsäußerungsfreiheit durch inekutive Konstellationen auf digitalen Plattformen. Diese lassen sich v.a. in die Bereiche Regulierung und *Content Moderation* fassen und werden zuvorderst von den Vereinigten Staaten, der EU und den digitalen Plattformen geprägt.

